



**mouvement
écologique**

An das Nachhaltigkeitsministerium

Luxemburg, den 30. Juli 2014

Betrifft : Einspruch im Rahmen der öffentlichen Prozedur zur strategischen Umweltprüfung der Entwürfe der sektoriellen Pläne der Landesplanung

Sehr geehrte Frau Ministerin,
Sehr geehrter Herr Minister,
Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

Hiermit erlaubt sich der Mouvement Ecologique Ihnen folgende Stellungnahme im Rahmen der öffentlichen Prozedur betreffend die strategische Umweltprüfung der vier sektoriellen Pläne der Landesplanung einzureichen. Das beiliegende Dokument ist als integraler Bestandteil der Stellungnahme anzusehen.

Als Vorbemerkung sei hervorgehoben, dass der Mouvement Ecologique die Wachstumslogik, die den Plänen zugrunde liegt, kritisch hinterfragt, ebenso wie die Tatsache, dass die regionale Dimension der Landesplanung kaum Beachtung findet und besonders der Entwurf des sektoriellen Planes "Logement" im Gegensatz zu zentralen Vorgaben der Landesplanung steht. Aufgrund dieser Tatsachen ist der Rahmen, in dem sich u.a. auch die strategische Umweltprüfung bewegt, höchst problematisch. Was die strategische Umweltprüfung anbelangt, möchte der Mouvement Ecologique folgende grundsätzliche Aspekte unterbreiten, die in beiliegender Stellungnahme etwas weniger ausführlich dargelegt werden:

1. Intransparenz des Ineinandergreifens der verschiedenen sektoriellen Pläne und im Besonderen des Zusammenhangs zwischen dem sektoriellen Planentwurf "Geschützte Landschaften" und den anderen Planentwürfen

Das Ineinandergreifen der verschiedenen Pläne ist für den Leser äußerst schwierig nachzuvollziehen. Z.B. inwiefern wird der sektorielle Plan "geschützte Landschaften" in den

anderen Plänen berücksichtigt oder nicht? In welchen Konfliktsituationen mit anderen Plänen wurde aus welchen Überlegungen eine Entscheidung zugunsten bestimmter Raumansprüche getroffen?

Die sog. "kumulativen" Karten sind in dieser Hinsicht für den Leser keine oder eine sehr ungenügende Hilfe: sie erlauben nicht (potentielle) Konfliktfelder zu identifizieren bzw. fachlich begründete Motive nachzuvollziehen aufgrund derer ein bestimmtes Projekt zurückbehalten wurde.

Vielmehr entsteht sogar der Eindruck, dass sogar Gemeinden bzw. die interessierte Öffentlichkeit doch etwas im Unsicheren gelassen werden sollen. Die Formulierung des Entwurfes des Planes betreffend die Aktivitätszonen, die besagt, Umklassierungen innerhalb bestehender Zonen wären nur aus urbanistischen Gründen möglich (also nicht aus Gründen des Landschaftsschutzes, so wohl die Interpretation) ist dafür ein Beispiel.

Hinzu kommt, wie schon erwähnt, die Tatsache, dass eine Kalkulation – auf regionaler Ebene - des potentiellen Bevölkerungswachstums, der potentiellen Zunahme an Arbeitsplätzen, der dadurch notwendigen zusätzlichen Infrastrukturen allem Anschein nach nicht erfolgt ist.

Eine strategische Umweltprüfung, die auf einer solch mangelhaften Grundlage, erfolgen musste, kann somit notgedrungen die Wechselwirkungen bzw. ggf. Aufschaukelungsprozesse der Auswirkungen der verschiedenen sektoriellen Pläne untereinander bzw. die Auswirkungen der Pläne "Wohnungsbau", "Transport" und "Aktivitätszonen" auf den Plan "Geschützte Landschaften" nicht im notwendigen Ausmaß erfassen. Letztlich begrenzt sich die SUP auf eine zudem - soweit für den Leser ersichtlich - oberflächliche Bewertung punktueller Projekte.

Eine Abschätzung der "kumulierten" Folgewirkungen, was den CO₂-Ausstoß (aus der Perspektive des Klimaschutzes), der Lärmbelästigung, der Schadstoff-Emissionen, des Zerschneidungseffektes der Landschaft, der Beeinträchtigung von Naherholungszonen, des Mehraufkommens an Individualverkehr, des zusätzlichen Bedarfes an öffentlichem Verkehrsangebot... ist nicht ersichtlich.

Innerhalb der sehr begrenzten Zeitspanne der öffentlichen Prozedur ist es dem Mouvement Ecologique nicht möglich, eine weitergehende Analyse dieser grundsätzlichen Problematik durchzuführen. Sollte sich jedoch dieser erste Eindruck bestätigen, wäre damit die strategische Umweltprüfung in ihrer Essenz in Frage gestellt.

2. Stellenwert der Strategischen Umweltprüfung der Entwürfe der Pläne

Stellt sich zudem die Frage des Stellenwertes der spezifischen Umweltverträglichkeits-Untersuchungen für die verschiedenen Projekte der sektoriellen Pläne.

So wird z.B. im Reglementsentwurf betreffend den sektoriellen Plan "geschützte Landschaften" (Art.7) angeführt, die aufgelisteten Infrastrukturprojekte seien grundsätzlich von größerem öffentlichen Interesse ("intérêt public majeur") und wären somit als solche

umsetzbar (sogar in dem Falle, wo noch kein Korridor (“couloir”) dafür feststehe).

Der Mouvement Ecologique kann sich weder aus politischer noch aus juristischer Sicht mit dieser Vorgehensweise einverstanden erklären:

- Auf politischer Ebene

Es wäre aus demokratischer Sicht höchst problematisch, wenn der Staat sich mittels sektorieller Pläne, also einer Landesplanung “von oben”, einen Blankoscheck – gegenüber betroffenen BürgerInnen aber auch den Gemeinden – z.T. aus Sicht der Lebensqualität bzw. Umwelt sehr umstrittene Projekte erteilen würde.

Das (scheinbare) Fehlen bzw. Nichtoffenlegen einer *detaillierten* Umweltprüfung bei einer ganzen Reihe fragwürdiger Projekte (sowohl “projets d’envergure”, Strassenbauprojekten sowie “Aktivitätszonen”) führt letztlich zu unnötigen Konfliktsituationen und Polarisierung von Meinungen. Dies weil die Möglichkeit einer sachlichen Abwägung auch für die Gemeinden und die BürgerInnen nicht gegeben ist.

- Auf juristischer Ebene

Es stellt sich zudem die Frage der juristischen Zulässigkeit dieser Vorgehensweise. Das EU-Recht gibt eindeutig vor, dass vor Validierung eines Projektes, eine Nullvariante / Alternativen zum Projekt / zur Trassierung untersucht werden müssen. Und auch diese Informationen müssen im Rahmen einer öffentlichen Prozedur vorgestellt werden.

Dies ist de facto bei den unzähligen in den sektoriellen Plänen angeführten Projekten nicht der Fall! Es liegen in den Entwürfen der Pläne lediglich sehr grobe Zusammenfassungen der SUP vor. Es ist nicht einmal gewusst, inwiefern es für die einzelnen Projekte überhaupt regelrechte Analysen “selon les règles de l’art” gibt oder nicht.

Auf jeden Fall steht fest: diese 2-4 seitigen SUP-Angaben reichen nicht aus, um dem EU-Anspruch an die Umweltverträglichkeitsstudien gerecht zu werden. Sie reichen somit ebenfalls nicht aus, um diese Projekte generell zu validieren.

Rechtlich gesehen ist es unseres Erachtens nach auch nicht möglich, durch generelle Klauseln in den großherzoglichen Reglementen der sektoriellen Pläne geltendes EU-Recht in Frage zu stellen, in dem die Projekte als solche validiert würden und eine evtl. vertiefende SUP zu einer reinen Kompensationsanalyse degradiert würde.

Es stellt sich außerdem die Frage, in wiefern dieses Vorgehen mit dem Naturschutzrecht vereinbar ist! Es ist höchst bedauerenswert, dass dies nicht klarer dargelegt wird. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique kann geltendes Naturschutzrecht (und damit auch z.B. europäische Vorgaben) nicht ausgehebelt werden: ggf. kann somit sehr wohl ein Projekt aus entsprechenden - fachlich begründeten - Überlegungen auch grundsätzlich in Frage gestellt werden

Was die detailliertere Analyse der verschiedenen sektoriellen Pläne betrifft, verweist der Mouvement Ecologique auf beiliegendes Dokument.

Es ist für den Mouvement Ecologique unmöglich gewesen, die einzelnen angeführten Projekte zu diesem Zeitpunkt und in diesem kurzen Zeitrahmen im Detail zu werten. Wir behalten uns somit das Recht vor, zu einem späteren Zeitpunkt eine zusätzliche Stellungnahme abzugeben.

Hochachtungsvoll



Blanche Weber
Präsidentin



Roger Schauls
Vize-Präsident